

Abteilung kehrt ? - Die Bundeswehr im Wandel

I. Stoppt die Unterfinanzierung der Truppe

Zu den wichtigsten Aufgaben eines Staates gehört der Erhalt der Sicherheit für die eigenen Bürger. Aber was ist uns die Verteidigung des eigenen Landes wert? Die äußere Sicherheit, sprich Landesverteidigung, kann nur mit leistungsfähigen Streitkräften garantiert werden. Grundlage für diese Garantie ist eine finanziell ausreichend ausgestattete Armee. Mit 24,4 Milliarden Euro ist die Bundeswehr angesichts ihrer Ausrüstung total unterfinanziert.

Sollte die rot-grüne Bundesregierung ihr Versprechen halten, werden bis 2006 keine direkten Kürzungen am Wehretat vorgenommen. Trotzdem zeigt die zurückliegende Entwicklung, dass die letzten Bundesregierungen (die Regierung Kohl beziehen wir hier ausdrücklich mit ein) den Wehretat immer wieder als finanzpolitischen Steinbruch benutzt haben. In Anbetracht des oben erwähnten Versprechens ist auch zu berücksichtigen, dass in die Diskussion um den Wehretat weder die Preissteigerungsrate noch die jährlichen Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes eingeflossen sind.

Der gegenwärtige Technologie- und Investitionsrückstand der Bundeswehr ist immens angewachsen. Notwendige Investitionen dürfen nicht ausbleiben, wenn die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte weiterhin bestehen bleiben soll. Nach Expertenmeinung hat zur Modernisierung der Bundeswehr das Verhältnis von Betriebskosten zu Investitionskosten bei 70 zu 30 zu liegen. Der derzeitige Anteil der Investitionskosten beträgt rund 24%.

Um die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr zu sichern, fordert die Junge Union Landesverband Braunschweig die Bundesregierung auf, den Wehretat bis 2006 auf eine Summe von jährlich 30 Milliarden Euro zu erhöhen, da die Landesverteidigung eine zentrale staatliche Aufgabe darstellt und damit gegenüber der Finanzierung freiwilliger Leistungen vorrangig ist. Zugleich wird gefordert, dass es zu einer deutlichen Reduzierung von zivilen Mitarbeitern in der Bundeswehr kommen muss.

Nach einhelliger Expertenmeinung ist dieser Betrag für die notwendigen Investitionen und laufenden Kosten schon jetzt unumgänglich.

Aufgrund des häufig alten Materialbestandes bei der Truppe haben die Materialinstandhaltungskosten ein unverantwortliches Ausmaß angenommen. Bestimmte Fahrzeugtypen z.B. müssen umgehend neu beschafft werden.

Wir fordern daher die schnellstmögliche Umsetzung der geplanten Beschaffung des Schützenpanzers Igel (als Ersatz für den seit 30 Jahren eingesetzten Marder) und des gepanzerten Transportwagens GTK (als Ersatz für den vor 40 Jahren in Dienst gestellten Mannschaftstransportwagens MTW M 113).

II. Strucks Struktur

Die globale Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Das Ende des Ost-West-Konfliktes und die gestiegene internationale Terrorismusgefahr und die gestiegene internationale Terrorismusgefahr stellen neue Herausforderungen an die Bundeswehr. Eine Strukturreform ist unerlässlich.

Nach wie vor ist der primäre Auftrag der deutschen Streitkräfte klar: von vitalem Interesse ist der Schutz des deutschen Staatsgebietes sowie seiner Bürger und Güter. Dies bildet die Voraussetzung zur Gewährleistung von Rechtsstaat, parlamentarischer Demokratie und der Freiheit der Bundesrepublik Deutschland schlechthin. Landesverteidigung in diesem Sinne sorgt zudem für die Aufrechterhaltung des Wohlstandes durch Partizipation am Weltmarkt, als materielle Voraussetzung des Funktionierens unserer Freiheitlich Demokratischen Grundordnung.

Sekundär ist der Auftrag der Friedenssicherung in benachbarten Gebieten. Dortige Auseinandersetzungen wirken sich mittelbar auf den sozialen Frieden innerhalb Deutschlands aus, etwa durch freigesetzte Flüchtlingsströme. Schließlich verpflichtet das christliche Menschenbild zur Mitmenschlichkeit. Die Linderung humanitärer Katastrophen ist oft moralische Verpflichtung unseres Landes.

Spätestens seit dem 11. September 2001 muss sich die Bundeswehr auch für die internationale Einsätze im Rahmen der Bündnisverteidigung vorbereiten. Zwar sind sogenannte Präventivschläge abzulehnen. Einer grundsätzlichen, auch militärischen, Unterstützung der Bündnispartner wird sich aber die drittgrößte Industrienation nicht entziehen können.

An diesen Aufträgen hat sich eine Strukturreform zu orientieren. Es ist ein Fehler der rot-grünen Bundesregierung, wenn sie die Bundeswehr auf eine Einsatz- und Katastrophenschutzeinheit reduziert. Vielmehr muss die Bundeswehr künftig sowohl für Auslandseinsätze als auch für jene Landesverteidigung ausgerüstet sein.

Die Verringerung des Bestandes des Kampfpanzers Leopard 2 von 1569 auf 854 Fahrzeuge ist das erschütterndste Beispiel des Ausverkaufs von Landesverteidigungspotential. Aber auch die Außerdienststellung von 4 Flugabwehrraket Verbänden wird dieser Forderung nicht gerecht.

Weitere Beispiele der Struckschen Reformpolitik sprechen Bände:
- Verzicht auf die Neubeschaffung von 30 Hubschraubern Typ Tiger
- Außerdienststellung von 80-90 Tornados
- Außerdienststellung von 10 Schnellbooten Klasse 143
Grundsatz einer verantwortungsvollen Verteidigungspolitik hat ein verantwortungsbewusster Umgang mit militärischen Ressourcen zu sein.

Das Aufspüren neuer Gefahren darf nicht bedeuten, dass wir uns vor den alten Gefahren nicht mehr schützen. Denn eine leistungsfähige Armee kann nicht innerhalb kürzester Zeit entstehen, sondern wächst über Jahr(zehnt)e. Deshalb muss eine Anpassung an das derzeitige Gefahrenmuster immer bedeuten, sich auch vor potentiellen wenn auch zurzeit nicht akuten Gefahren zu schützen.

Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die Bundesregierung auf, trotz stärkerer Ausrichtung auf Auslandseinsätze, die Voraussetzungen für die Landesverteidigung auf eigenem Boden, zu erhalten.

III. Bundeswehr und Gesellschaft

Das Ansehen der Bundeswehr in der breiten Öffentlichkeit leidet aus verschiedenen Gründen. Zum einen liegen die Gründe in der finanziellen Unterversorgung, die der Bundeswehr qualitative Spitzenleistungen im internationalen Vergleich verwehrt, zum anderen scheinen aber auch allgemeine gesellschaftliche Gründe eine Rolle zu spielen.

So hat beispielsweise kaum ein Kabinettsmitglied – insbesondere ein Verteidigungsminister der letzten Jahre – gedient. Der Rückhalt in der Politik ist ständig umstritten. Die Öffentlichkeitsarbeit und mit ihr die öffentlichen Auftritte der Bundeswehr sind selten. Sie stoßen auf Grund mangelhaftem Wissen in der breiten Bevölkerung auf Unverständnis und wenig Interesse teilweise sogar auf massive (unbegründete) Gegenwehr. Die Motivation der Soldaten speist sich allerdings im Wesentlichen aus dem Rückhalt in der Bevölkerung.

Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert daher zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Soldaten und der gesamten Bundeswehr folgende Maßnahmen:

1. **Mehr Aufklärung über Aufgaben und Möglichkeiten, über Chancen und Grenzen der Arbeit der Bundeswehr, im Rahmen der politischen Bildung und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit aller beteiligten Institutionen (Bundeswehr, Bundestag, beteiligte Ministerien usw.).**
2. **Mehr öffentliche Gelöbnisse.**
3. **Besondere Beförderungen und Auszeichnungen von Soldaten im Rahmen von öffentlichen Gelöbnissen oder anderen ebenfalls öffentlichen Veranstaltungen.**

IV. Landesverteidigung am Hindukusch

Die Bundeswehr ist heute besonders bei Auslandseinsätzen nur noch bedingt einsatzfähig. Verstärkte Standortauflösungen und die fehlende Bereitschaft zu Neuinvestitionen und Materialsicherung wirken sich zu aller erst auf die Situation der jährlich weit über 10 000 Soldaten aus, die in verschiedene internationale Einsätze geschickt werden.

Viel zu oft müssen vor allem hochqualifizierte Soldaten länger und öfter als zulässig im Ausland weilen. Was das für die Soldaten persönlich bedeutet, zeigen bundeswehrinterne sozialwissenschaftliche Studien, wonach etwa die Hälfte aller Beziehungen von im Ausland tätigen Bundeswehrsoldaten zerbrechen und etwa drei Viertel aller Familien in besonderem Maße leiden müssen. Die Stimmung in der Truppe sinkt stark durch die oft eklatant schlechte Ausrüstung der Bundeswehr:

Flugzeuge, Hubschrauber und Panzer sind z.T. 30 Jahre alt. Politisch skandalös wird die Situation, wenn Mannschaft und Material aus den Einsatzgebieten - möglicherweise im Notfall - abgezogen werden sollen: Die Bundeswehr ist derzeit nicht in der Lage, die Truppe aus eigener Kraft nach Deutschland zurückzubringen. Weder erreichen Langstreckenflugzeuge weit entfernte Ziele, wie Kabul, noch verfügt die Bundeswehr über genügend minensichere Fahrzeuge, noch über Flugzeuge, die Fahrzeuge transportieren können, noch ist ein Truppentransport per Schiff möglich. Man ist hier ständig von der Hilfe von Verbündeten abhängig.

Des Weiteren stellen sich immer mehr deutsche Soldaten die Frage nach der politischen Zukunftsperspektive, und damit nach dem Sinn ihres Einsatzes. Interne Umfragen besagen, dass nur noch rund 15% der Kameraden die Ansicht vertreten, ihr Auslandseinsatz trage zur Verbesserung der Situation im jeweiligen Einsatzgebiet bei.

Eine derartige Situation fordert zum Handeln auf. Die momentan im Ausland Dienst leistenden Soldaten müssen sofort besser unterstützt werden. Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert weiter, die eigenen Kapazitäten der Bundeswehr vor Auslandseinsätzen besser zu überprüfen und wenn nötig aufzurüsten und die Soldaten besser auszustatten. Weiter ist die Öffentlichkeit zukünftig besser über Sinn und Schwerpunkte der Einsätze zu informieren. Die Ziele der Einsätze dürfen nicht unbekannt bleiben. Insbesondere die deutschen Interessen sind darzulegen.